

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 16.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro Spaltenreile oder deren Raum 25, für halbt. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,  
Sonnabend, den 20. April 1907.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münzstr. 5.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.  
Fernsprech-Anschluß 3002.  
Druck von G. A. H. Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Zur Beachtung!

Heute ist der 16. Wochenbeitrag fällig.

## Streiks oder Aussperrungen

bestehen in Bismar, Detmold, Bunsfeld, Ludwigs-  
hafen, Breslau, Reichen, Spandau, Delmenhorst,  
Langenberg und Braunschweig.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in  
Berlin, Goswig i. A., Staßfurt, Hamburg, Oster-  
holz-Scharmbeck und Altenburg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzu-  
halten.

## Zur Beachtung.

Über alle Streiks und Aussperrungen muß  
unbesüßigt jede Woche ein kurzer Bericht an die  
Redaktion des Verbandsorgans gesandt werden.

## Rüftet gegen Gefahren!

Drohend steigen am Wirtschaftshimmel Wetterwolken auf.  
Der Hochpunkt der Konjunktur ist überschritten. Gewiß, die  
Werke, die unter den Wirkungen der hochgespannten Zukunfts-  
erwartungen, der fieberhaft gesteigerten Unternehmungslust und  
Spekulation, große Auftragsbestände hereinbringen konnten,  
die ihnen noch auf viele Monate gewinnreiche Beschäftigung  
gewährten, haben noch keine Ursache, schon für das laufende  
Jahr Profitbeschnedigungen zu befürchten.

Andererseits liegen die Verhältnisse für die Arbeiterschaft,  
speziell für den sogenannten ungelerten Arbeiter. Noch zieht  
das Unternehmertum noch mehr Scharen fremder Arbeiter  
heran, aber schon macht in einzelnen Gewerben sich ein  
Ueberfluß von Arbeitskräften bemerkbar. Und naturgemäß  
wird von einem Rückschlag der Hilfsarbeiter am schärfsten  
betroffen. Für ihn liegt der Lohnbruch, der Schrecken der  
Arbeitslosigkeit, zuerst ein Und jede Lohnneinbuße, ganz gleich,  
aus welcher Ursache sie eintritt, trifft am wuchtigsten den  
ungelernten Arbeiter. Einmal wegen der absoluten Lohnhöhe,  
die sich bei den für uns in Betracht kommenden Arbeiter-  
kategorien auf einem so tiefen Niveau hält, daß die geringste  
Einkommensminderung eine Verschlechterung der animalischen Lebenshaltung  
bedeutet. Ebenso bedeutungsvoll ist die relative Lohnhöhe,  
das Verhältnis der Löhne der gelernten Arbeiter zu denen  
der Ungelernten. Die Differenzierung hat in den letzten  
Jahren weitere Fortschritte gemacht zuungunsten der Hilfs-  
arbeiter.

Für einen Teil der Arbeiterschaft sind die nominellen  
Löhne schneller gestiegen, haben sich kräftiger gehoben, als für  
den anderen Teil. Gleichzeitig sind aber auch die Lebens-  
mittelpreise und Wohnungsmieten gestiegen. Diese Preis-  
steigerungen treffen jedoch den am schlechtesten entlohn-  
ten Arbeiter mit derselben Wucht, wie den besser bezahlten Fach-  
arbeiter. Der Hilfsarbeiter, der nur 2,50 M. bis 3 M.  
pro Tag verdient, muß für das Pfund Fleisch gerade so gut  
den Aufschlag von 20 bis 30 Pf. zahlen, als wie sein glück-  
licherer proletarischer Genosse, der 6 M. verdient.

Sa, der minder Entlohnte ist im allgemeinen noch viel  
ungünstiger gestellt wie jener, weil die Surrogate, auf die er  
wegen seiner schlechten Einkommensverhältnisse vielfach ange-  
wiesen ist, in manchen Fällen kräftiger im Preise angezogen  
haben, als die besseren Nahrungsmittel. Die Behauptung  
z. B., daß die Wohnungsmieten für die kleinsten und be-  
schärfsten Räume relativ am meisten gestiegen sind, wird  
wohl nirgends Zweifel oder Widerspruch finden. Unter  
Berücksichtigung dieser Tatsache muß man zu dem Resultat  
kommen, daß sich die soziale Lage der Hilfsarbeiter, relativ  
bewertet, bestimmt verschlechtert hat.

Aber auch absolut betrachtet hat die vielgerühmte günstige  
Konjunktur den ungelerten Arbeitern mindestens keine Ver-  
besserung der Lebenshaltung gebracht; in den meisten Fällen  
wird die Verteuerung der Lebensmittel, Wohnungsmieten,  
Gebrauchsgegenstände usw. eine größere Summe ergeben, als  
wie die erzielten Lohnerhöhungen.

Einwandfreie Lohnangaben für 1906 liegen ja noch  
nicht vor, um zahlenmäßig das Verhältnis der Lohn-  
steigerung zur Verteuerung der Lebenshaltung darstellen zu  
können. Sommerhin läßt sich ein ziemlich genaues Bild ge-  
winnen, wenn man die Verteuerung der Lebenshaltung im  
Jahre 1906 zum Vergleich heranzieht mit der Lohnentwic-  
kung im Jahre 1905. Dies dürfte umsomehr zulässig sein,  
weil im Jahre 1905 die Lebensmittelpreise teilweise kräftiger  
gestiegen sind, als im Jahre 1906. Wir haben demnach nur  
zu befürchten, daß wir die Lage der Arbeiter als zu rosig  
erscheinen lassen. Es soll aber auch der Schein vermieden  
werden, als ob etwa auf Kosten der Tatsachen bei Zeich-  
nung der sozialen Verhältnisse die dunkleren Farben bevor-  
zugt werden.

Nach den bekannten Berechnungen des „Arbeitsmarkt“  
über die Bewegung der Haushaltungskosten kann man im

Minimum die Verteuerung der Lebenshaltung im Jahre 1906  
mit 5 Prozent ansetzen.

Wie sind nun aber in dem „glänzenden“ Jahr 1905  
die Löhne gewachsen? Bei Ermittlung der Lohnziffern sind  
wir im allgemeinen auf die Ergebnisse der berufsgenossen-  
schaftlichen Berechnungen angewiesen. Ganz einwandfrei sind sie  
ja nicht, aber es fehlen andere Angaben. Die Berufsgenossen-  
schaften geben die von den angeschlossenen Unternehmen  
durchschnittlich beschäftigten Arbeiter an und die Gesamtsumme  
der bezahlten Löhne. Durch Division gewinnt man die  
Jahresdurchschnittslöhne. Gegenüber diesen Durchschnitts-  
löhnen ist mit Recht geltend gemacht, daß sie leicht zu falschen  
Schlußfolgerungen Anlaß geben, weil in manchen Gewerben  
nicht das ganze Jahr hindurch gearbeitet wird, die ge-  
wonnenen Durchschnittslöhne nur einen Teil des Jahres-  
einkommens darstellen, soweit die betreffenden Arbeiter für  
einige Monate im Jahre in der Landwirtschaft usw. Be-  
schäftigung finden. Um das Verhältnis der Unfallgefahr in  
den einzelnen Gewerben zu ermitteln, wird von den Genossen-  
schaften aber auch die Gesamtzahl der geleisteten Arbeits-  
schichten angegeben, in der Weise, daß bei Berechnung der  
Unfälle pro 300 geleistete Arbeitsschichten ein sogenannter  
Vollarbeiter eingestellt wird. Diese Angaben ermöglichen es,  
nun aber auch zu berechnen, wieviel Arbeitstage im Durch-  
schnitt auf jeden durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und  
Betriebsbeamten entfallen, und weiter läßt sich nachrechnen,  
wie hoch der pro Arbeitsschicht gezahlte Lohn ist. Damit  
kommt man zu einer ziemlich sicheren Grundlage, die wir  
mit der folgenden Tabelle geben, in der wir die für unsere  
Organisation in der Hauptsache in Betracht kommenden ge-  
werblichen Berufsgenossenschaften berücksichtigen.

	Zahl der durch- schnittlich beschäftigten		Zahl der Voll- arbeiter		Auf jed. durch- schnittlich be- schäft. entfallen Arbeitstage	
	1904	1905	1904	1905	1904	1905
Ziegelei-B.-G.	284 240	289 729	194 314	194 210	205	201
B.-G. d. chemi- schen Indust.	183 532	192 381	177 461	185 820	290	289
Papiermacher- B.-G.	73 635	76 887	77 720	80 117	317	312
Papierverarb.- B.-G.	112 783	116 960	112 783	116 960	300	300
Nahrungsmittel- indust.-B.-G.	104 883	111 338	85 596	97 254	244	282
Zucker-B.-G.	94 583	97 158	53 456	57 562	169	177
B.-G. der Mol- lerei, Brenner- u. Stärke-Ind.	42 671	44 423	43 232	44 812	304	302

Eine größere Freizeit ist demnach zu konstatieren bei  
den in der Zuckerindustrie, in der Nahrungsmittelindustrie  
und in Ziegeleien beschäftigten Arbeitern; für die übrigen  
Gruppen ergeben sich volle Beschäftigungen für das ganze  
Jahr.

Diejenigen Arbeiter, die für einen Teil des Jahres in  
gewerblichen Saisonbetrieben unterkommen suchen, finden hier  
jedenfalls eine Entlohnung, die über die ihrer sonstigen Be-  
schäftigung hinaus geht. Wir bringen in das soziale Bild  
daher wiederum einige hellere Töne hinein, wenn wir unter-  
stellen, daß die betreffenden Arbeiter es durch anderweitige  
Beschäftigung auf 300 Arbeitstage im Jahre bringen und  
auch für jeden Arbeitstag während der saisonlosen Zeit den-  
selben Lohn erzielen, den die Berufsgenossenschaften ausweisen.  
Ein Vollarbeiter erzielte:

	Jahreslohn		Tagelohn		Steigerung
	1904	1905	1904	1905	
Ziegelei-B.-G.	906,08	927,41	3,02	3,09	2,32
B.-G. der chemischen Industrie	1043,33	1062,70	3,47	3,54	2,59
Papiermacher-B.-G.	739,57	760,51	2,46	2,53	2,85
Papierverarbeitungs- B.-G.	822,35	839,23	2,74	2,79	1,83
Nahrungsmittel-Indu- strie-B.-G.	775,78	790,52	2,58	2,63	1,94
Zucker-B.-G.	860,07	870,14	2,86	2,90	1,49
B.-G. der Mollerei, Brennerei- u. Stärke- Industrie	841,27	863,09	2,80	2,87	2,50

Die hier aufgeführten Jahreslöhne sind die höchsten, die  
zu erzielen sind; nur bei der Papiermacher-Berufsgenossen-  
schaft und in den Betrieben der Mollerei-, Brennerei- und  
Stärke-Industrie ergeben sich etwas höhere Jahreslöhne, weil  
die von den einzelnen Arbeitern geleistete Schichtenzahl über  
300 hinausgeht. In den übrigen Industrien wird die Zahl  
von 300 Arbeitstagen aber nicht erreicht, die meisten Arbeiter  
werden daher die obigen Jahreseinkommen nicht herein-  
bringen. Und was sind das für Einkommen? Man zerlege  
sie auf den Kopf der Familienglieder, die davon leben  
müssen: nur die Ziegeleiarbeiter, deren Arbeitstag aber auch  
14 Stunden und länger dauert, und die in den Gießhöfen  
der chemischen Fabriken Beschäftigten, kommen mit ihrem  
Tagelohn über 3 M. hinaus, alle anderen Kategorien bleiben  
weit darunter. Bei Normalfamilien von fünf Köpfen kommen  
da pro Tag und Kopf 40 Pf. und weniger heraus!  
Und wie sind die Löhne gewachsen? Der stärkste Sub

bringt noch keine 3 Prozent; für 3 Berufsgenossenschaften  
bleibt die Lohnzunahme sogar noch unter 2 Prozent!

Für die hier in Betracht kommenden rund 920 000  
Arbeiter wird man keinen sozialen Aufstieg konstatieren  
können. Um so mehr droht für sie die Gefahr, daß sie bei  
Verschlechterung der Wirtschaftslage kräftig zurückgeworfen  
werden. Gerade die Hilfsarbeiter haben daher alle Ursache,  
durch Stärkung ihrer Organisation dafür zu sorgen, daß die  
Wucht der Ereignisse sie nicht widerstandslos findet.

## Aus dem Reichstage.

Am 10. April ist die Reichsgesetzgebungsmaschine nach  
20tägigem Ferienstillstande wieder in Gang gesetzt worden.  
Und gleich am ersten Tage, bei Beratung des Etats für das  
Reichsamt des Innern, setzte der Reichstag da ein, wo er bei  
seiner Eröffnung begonnen hatte: mit einer sozialpolitischen  
Debatte. Wenn man nach der Anzahl der Reden und der  
Summe sozialpolitischer Anträge auf die Fruchtbarkeit des  
Reichstages auf dem Gebiete der Sozialpolitik urteilen wollte,  
dann wäre es um die Zukunft der Angehörigen des alten  
und neuen Mittelstandes, aller sozial- und politisch Be-  
drückten, des Schutzes und der Hilfe Bedürftigen äußerst  
glänzend bestellt. In 150 Initiativanträgen hat der Reichs-  
tag seiner Fürsorge für die Arbeiter Ausdruck gegeben, und  
gar nach den gehaltenen und noch zu erwartenden Reden zu  
urteilen, ist Deutschland in der Sozialpolitik, in der Weiter-  
führung, in dem Ausbau des sozialen Arbeiterrechtes, des  
Arbeiterschutzes und in politischen Freiheiten sicher „in der Welt  
voran!“ Über Reden sind keine Taten! Von den 150  
Initiativanträgen kommen keine 12 zur Verhandlung. Das  
weiß niemand besser als die die Anträge einbringenden  
Parteien. Aber die Anträge werden eingebracht, um den  
Wählern im Lande zu zeigen, daß man die Absicht hat, die  
vor den Wahlen gegebenen Versprechen auch einzulösen. Auf  
die gleiche Ursache ist auch die ungeheure Anzahl von Reden  
zu setzen, die von den Wünschen auf Fortführung der Sozial-  
reform nur so triefen.

Die Mühlen, die am lautesten klappern, mahlen nicht  
immer am reinsten. Und die gesetzgebenden Faktoren, die  
am meisten von Fortführung der Sozialreform reden, haben  
diese selbst oft am wenigsten gefördert.

An dieser Tatsache wird auch die Paarung der Liberalen  
mit den Konservativen nichts ändern. Diese Paarung kann  
sich überhaupt nicht auf Grund eines stillschweigenden Ge-  
bündnisses vollziehen. Es ist mehr als ein dreieckiges Ver-  
hältnis, welches diese Paarung vollziehen soll. Während der  
eine, und zwar der liberale Teil, äußerst fruchtbar sein will,  
äußert sich jener Teil, der sich um den Freiherrn von Camp  
gruppiert, mit äußerstem Mißfallen über das „Automob-  
tempo“, mit dem bislang auf sozialpolitischen Gebiete „gezeugt“  
worden sei. Diese und die Konservativen, die ja mit paaren  
sollen, beweisen durch die Zustände und die Rechtslosigkeit, in  
der sie ihre Landarbeiter leben lassen, zur Genüge, was von  
ihnen an sozialpolitischen Früchten zu erwarten.

Liberaler und konservativer Geist in allen seinen  
Schattierungen schwebte auch in der früheren Gesetzgebungs-  
periode über den Arbeiten des Reichstages, und er hat nicht  
gehindert, daß die letztverfloffenen Jahre für die Sozialpolitik  
unfruchtbar geblieben sind. Den Reigen im sozialreformistischen  
Redeturnier eröffnete der Zentrumsabgeordnete Trimborn.  
Nach ihm ist auch das kleinste Schritchen nach vorwärts  
einzig dem Zentrum zu danken. Jetzt, da das Zentrum nicht  
mehr Regierungspartei, hegen seine Vertreter Zweifel, ob  
überhaupt auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung noch  
etwas geschehen könne. Dabei hat das Zentrum, als es sich  
noch kraft der Ziffer seiner Mandate und seiner militär-,  
zoll- und marinesonnen Haltung in der Gnade der Re-  
gierungsformate, es durchaus an der Energie fehlen lassen,  
die erforderlich ist, um eine Sozialreform auf  
richtige Gleis und ins erforderliche Tempo zu bringen.  
Das Zentrum trifft die Schuld, daß die Mehrzahl der  
sozialen Gesetze in einer die Wünsche der Arbeiter nur  
halb erfüllenden Weise verabschiedet wurden, andere Gebiete,  
wie das des Vereins- und Versammlungswesens, ganz liegen  
geblieben sind. Diese Tatsache liegt im Wesen des Zentrums  
begründet. Es möchte allen Schichten seiner Wählerkreise  
Rechnung tragen, als da sind: Arbeiter, Kleinbürger, Klein-  
bauern, Aristokraten und Plutokraten. Sein sozialpolitischer  
Wunschzettel und sein gesetzgeberisches Verhalten lehnen sich  
den Klasseninteressen seiner Wähler an, von denen keine  
Schicht befriedigt werden kann, ohne daß eine andere benach-  
teiligt würde. Ein Ausbeuterschutz, der der Ausbeutung  
eingeräumten Grenzlinien zieht, die Profitrate mindert,  
die Lohnrate steigert, bringt die Unternehmer aus dem  
Zentrumslager in Gefahr. Das Zentrum darf einen solchen  
Arbeiterschutz nicht wollen. Der agrarischen Schicht hat es  
durch seine Zollpolitik Rechnung getragen, aber den Land-  
arbeitern das Koalitionsrecht zu verschaffen, darf es nicht  
wagen. Es will den Hausier- und Detailhandel im Ein-  
herziehen eindämmen, ohne den Leuten, die in diesem Ge-

werbszweig tätig, ein anderes Gebiet der Tätigkeit eröffnen zu können. Durch Befähigungsnachweis glaubt das Zentrum dem Handwerker das rettende Seil zu reichen, sich aus der dräuenden Flut des Konkurrenzkampfes zu retten, in Wirklichkeit sperrt man den Handwerkern durch Erhöhung des Selbständigwerdens den Weg, verurteilt sie, im Proletariat zu bleiben, sobald sie nicht in der Lage sind, den durch Aufnahme in die Handwerkerorganisationen, Ablegung der Meisterprüfung erforderlichen Geldeaufwand bestreiten zu können. Hilfe dem Handwerker! sagt man, und Absperrung des Handwerks gegen neue Konkurrenz, Reservation des Tätigkeitsgebiets für den bestehenden Kreis der Handwerker meint man. Eine solche Politik gleicht keine Gegensätze aus. Es ist ein Unding, daß eine politische Partei unter der Herrschaft des Kapitalismus die Interessen aller Gesellschaftsklassen zugleich wahren kann.

Die sozialdemokratische Kritik, die an dem berühmten Entwurf zur Rechtsfähigkeit der Berufsvereine geübt, hat insofern Erfolg gehabt, als sich nun auch der nationalliberale Wasserfallmann auf den von uns eingenommenen Standpunkt stellte, erst das Vereins- und Versammlungsrecht freizugeben.

Die Vertreter des Liberalismus brüsten sich, daß sie das Koalitionsrecht der Arbeiter gewährt haben, und in demselben Atemzuge müssen sie Klagen aussprechen über den Mißbrauch, den die Arbeitgeber mit diesem Koalitionsrecht treiben; haben doch dieselben Kneeder, welche jetzt die Hafenarbeiter aussperrten, auch den Offizieren ihrer Schiffe verboten, sich zu organisieren. Und wie die Kneeder, machen es die Kapitalisten aus der Industrie auch! Welche Rückständigkeit sich im Reichsparlament breit machen kann, beweist, daß ein Vertreter des Mittelstandes, Raab ist der Name des Biederer, als eine der wichtigsten sozialen Aufgaben die Anhebung der Konsumvereine, soweit sie von Arbeitern gebildet, bezeichnete konnte! Ein fortgeschrittenes Sozialprogramm entwickelte Raumann, der Gründer der nationalsozialen Bewegung. So lange das deutsche Bürgertum befürchten mußte, daß Raumann in der Politik etwa den Ton auf den Sozialismus legen könne, gelang es ihm wohl, ein Häuflein von Fühnern um sich zu sammeln, aber es blieben die aus, welche geführt sein wollten. Besonders hielt der deutsche Liberalismus vor Raumann seine Türen häufig dicht. Raumann löste den National-Sozialen Verein auf, und seine Gruppe zerstreute sich in die verschiedensten Parteien. Aber als für Kolonial-, Flotten- und Weltpolitik die deutschen Wähler aufgerufen wurden, da gab es im Parlament auch einen Platz für den „nationalen“ Raumann. Raumann forderte Koalitionsfreiheit, Vereinsrecht, Kollektivverträge, Industrieparlamentarismus! Alles Forderungen, die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wer weiß wie oft erhoben, und die zu jenen gehören, die der Reichskanzler als „perfide und undurchführbar“ zu bezeichnen beliebte. Der Reichsminister Graf Posadowski bezeichnete sie als philosophisches Programm und erzielte damit den Beifall der rechten Seite des Hauses. Der Herr Minister mußte das Eingeständnis machen, daß seit dem Jahre 1891 dem Unternehmertum neue sozialpolitische Aufgaben nicht aufgelegt worden seien. „Nur durch die vielen Debatten und Anträge über die Arbeiterfrage“ das Land, was sozialpolitisch geleitet wird.“ Und nun hörten die Volksvertreter das Regierungsprogramm, das im Laufe des nächsten oder der nächsten Jahres verwirklicht werden soll: das Gesetz über die Maß- und Verordnungsgebung, das Gesetz über die Unterstützungswohlfahrt, das Gesetz über die freien Hilfskassen, das Gesetz über die Gewerkschaften in der Hausindustrie das Gesetz über den kleinen Befähigungsnachweis, das Gesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Zusammenlegung der sozialpolitischen Verwaltungszweige, Arbeiterschutz in der Hausindustrie, Abänderung der Gewerbeordnung in bezug auf die Beschäftigung der Frauen, der Beschäftigung der Arbeiterinnen; die Arbeitsverhältnisse der Werkmeister und Tagelöhner sollen geregelt und ein Gesetz über die Unfallversicherung der im Staats- und Gemeinbedienst tätigen Personen soll erlassen werden.

Das Gesetz über den Unterstützungswohlfahrt scheint in gewissem Sinne geregelt werden zu sollen. Das Gesetz über die freien Hilfskassen ist die wirklich freien Hilfskassen, die mit den Sozialkassen nichts gemein haben, bezeichnen, das man ihnen das Recht erwidern will. Die Unterstützung über die Art, wie die Regierung die Zustände in der Hausindustrie regeln will, ist erkennen, daß etwas Einseitiges nicht geschaffen, sondern nach einem humanitären Sinn geregelt werden soll. Der kleine Befähigungsnachweis ist eine weitere Art der Forderungen der Fühner. Was Graf Posadowski über das Gesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit zu sagen wagte, läßt sich annehmen, daß es eine großzügige, dem Geiste und den Anforderungen der Zeit entsprechende Reform bekommen werden. Wenn der Reichstag die jetzigen Bestimmungen, nach denen die Vereins- und Versammlungsrechte regelt, als „überlebte Bestimmungen“ bezeichnet, die nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, der modernen Entwicklung nicht mehr entsprechen, keinen politischen Zweck haben und nur das Publikum ärgern“, und der Reichstag wiederum zweifelt, daß das wünschenswerte Ziel erreicht werden könne, weil die Bestimmungen im Laufe der Jahrzehnte bis zur wahren Grenze der Verwirklichung gekommen, so kann man den Verdacht nicht ausschließen, daß bei Regelung des Vereinsrechts der Reichstag die Forderungen der Fühner nicht ernstlich berücksichtigen wird.

Die Forderungen der Fühner der Arbeiterbewegung werden von der Regierung noch zum Ausdruck gebracht. Er äußert die Forderungen der Regierung, die diese von sich den berechtigten Wünschen der Arbeiter gegenüber äußert, und daß die bestehenden Bestimmungen keine genügenden Vorkehrungen durch zunehmende Entwicklung von Unannehmlichkeiten herbeiführen werden, und deshalb für die Arbeiter ein Weg von Verbesserungswürdiges es ihnen ermöglicht, rechtswidrigen Klagen überhand

zu lassen, und sie befähigt, die Interessen der Arbeiter auch außerhalb des Rahmens gesetzlicher Bestimmungen vertreten zu können.

Am Freitag kamen die Vertreter der Scharfmacher zum Wort. Als erster Herr Pauli, der sich in Klagen über den Terrorismus der Arbeiter erging. Gerade er, der Scharf in der Berliner Holzarbeiterausperrung, dürfte am allerwenigsten berufen sein, den Arbeitern Verhaltensmaßregeln gegen Kampfabtätigkeiten zu machen, mußte er doch auf Vorhalt einräumen, daß die Unternehmer bei Streiks und Ausperrungen demjenigen ihrer Kollegen seine Gläubiger alle auf den Hals hegen, der es wagen sollte, sich mit seinen Arbeitern zu verständigen. Daß Unternehmerorganisationen oft ihren Mitgliedern die Materiallieferungen abschneiden, weil sie sich nicht als Kampfhähne betätigen, ist auch bekannt. Ihm folgte Herr Stresemann, mit besten Ausführungen und denen des Genossen Schmidt beschäftigten wir uns in der nächsten Nummer.

### Ein Fortschritt in der Verhandlungsfrage.

Also betitelt die „Arbeitgeber-Zeitung“ vom 7. April einen Artikel, in dem sie den Gesamtverband der Metall-Industriellen, den berichtigten Scharfmacherverband Deutschlands, als Friedensapostel aufmarschieren läßt. Der Verband hat nämlich im verfloffenen Winter nicht nur seine Organisation gefördert, sondern auch, nach Angabe der „Arbeitgeber-Zeitung“, „einen sehr beachtenswerten Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Arbeitsfriedens“ getan. Am 20. März dieses Jahres habe der Vorstand des Gesamtverbandes beim Verbandsausschuß beantragt, es möge ein Beschluß darüber gefaßt werden, wie seitens der fabrikmäßigen Betriebe mit den Arbeitern zu verhandeln sei, wobei er es als eine „unumgängliche Notwendigkeit“ bezeichnete, daß eine für die Arbeiter annehmbare Form in Sachen der Bildung der beiderseitigen Verhandlungs-Kommissionen gefunden würde. Demzufolge brachte er folgendes in Vorschlag:

- a) Arbeiterschaften, welche im Zustand sind oder in den Zustand treten wollen, ist, wenn sie zu verhandeln gewillt sind, aufzuzugehen, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche den Auftrag erhält, mit einer Kommission der betreffenden Arbeitgeber zu verhandeln. Die Stärke der Kommission soll 7 Personen von jeder Seite in der Regel nicht überschreiten.
- b) So frei gewählte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln, sollen nicht mehr als ein Vertreter auf jeder Seite hinzugezogen werden dürfen.
- c) In keinem Fall soll der einzelne Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeitnehmer verhandeln. Auch die Verhandlungen von Organisationen zu Organisationen sind zu vermeiden, damit die in a) vorgeschlagene Verhandlungsform zu allgemeiner Einführung gelangen kann.
- d) Bei etwaiger Gesamtpersperrung hätten die den bereits in Tätigkeit gewesenen Verhandlungskommissionen angehörenden Arbeitnehmer eine Kommission von 7 Personen zu ernennen, welche mit einer vom Ausschuß des Gesamtverbandes zu wählenden Kommission von 7 Personen zu verhandeln hätte. Die der Kommission angehörenden Arbeitgeber und Arbeiter brauchen an dem Streite, welcher zur Gesamtpersperrung geführt hat, nicht sämtlich direkt beteiligt zu sein.
- e) Wenn unter Mitwirkung Dritter Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, so ist die Formulierung der Vereinbarungen nicht dem Dritten zu überlassen.

Diese Vorschläge wurden vom Ausschuß einstimmig angenommen. Das genannte Organ meint dann:

Es liegt auf der Hand, daß die endlosen und unfruchtbareren Streitigkeiten über die Form der Verhandlungen der Vergangenheit angehören werden, sobald die Arbeiterschaft sich bereit erklärt, auf das Anerbieten des Gesamtverbandes einzugehen. Wichtig ist der Kernpunkt des Streites um die Verhandlungsfrage? Er besteht in dem Verlangen der Arbeiterorganisationen, daß die Fabrikleitungen nicht mit ihren eigenen Arbeitern, sondern mit den Arbeiter-Organisationen verhandeln sollen. Dieses Verlangen lehnt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in entschiedener Weise ab und zwar tut er das, wie wir vermuten, aus der praktischen Erwägung heraus, daß die deutschen Arbeiter doch nur zum Teil organisiert sind, und daß die organisierten Arbeiter wiederum sozialdemokratischen, christlichen, kirchlichen, Gewerkschaften und anderen Korporationen angehören. Diese Vielfältigkeit muß es aber in jedem Fall unmöglich machen, eine einheitliche Regelung in Sachen der Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen aufzustellen. In dieser Hinsicht ist die Verhandlung von Organisationen zu Organisationen eingetreten. Um nun zu einer einheitlichen Verhandlungsform zu gelangen, will der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller als die wirklich zweckentsprechende Verhandlungsform freie gewählte Kommissionen aus beiden Lagern aufgestellt wissen, denen er das Recht gewährt, auf jeder Seite einen Vertreter hinzuziehen. Die Mitglieder des Gesamtverbandes werden hinfällig in keine Verhandlung ohne Hinzuziehung eines ihrer Geschäftsführer eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Arbeitgeber in den einschlägigen Gesetzesbestimmungen nicht derart bewandert sind, um ohne sachmännischen Beistand mit den Arbeitern verhandeln zu können. Schon aus praktischen Gründen erwünscht ist, daß die Mitglieder des Gesamtverbandes nicht nur einer Beratung hinhängen. Wenn er sich mit dieser Sache doch abgegeben hat, so wird das daraus zurückschließen sein, daß er den beiderseitigen Vertretern eine einwandfreie, legitime Position beimeßen will. Die Vertreter wählen ihres Amtes nicht nur als Vertreter ihrer Organisationen, sondern auch als Vermittler zwischen den beiderseitigen Kommissionen; und da nicht eine bestimmte Art von Organisation ein für alle mal als zureichende Verhandlungsinstanz festgelegt wird, sondern die jeweilige frei gewählten Kommissionen das Recht zugeht, zu ihrem Sachverhalte den Vertreter gerade der Organisation zu wählen, die ihnen paßt, so wird auf der Seite der Arbeiter das eine Mal ein Vertreter der freien Gewerkschaften und das andere Mal ein solcher der christlichen oder kirchlichen Arbeitervereine, je nachdem die betreffende Kommission in ihrer Majorität der einen oder der anderen Organisation angehört.“

Die beschriebene Verhandlungsform dürfte unserer Vermutung nach vorzugsweise der Befall der sich näheren, d. h. also der auf nationalem Boden stehenden Arbeiterorganisationen finden, weil diesen daraus die Möglichkeit erwächst, ihren Zweck hinfällig mehr Geltung zu erlangen, als es bisher geschehen ist. Bei der Wahl der Vertreter mit den Fühnern Organisationen zu wählen. Wir hoffen insofern, daß auch die anderen Gewerkschaften, sowie vor allem die breitere Arbeit-

erschaft in dem Vorgehen des Verbandes den ersten Willen erkennen werden, einen Weg zu finden, den zu betreten für beide Parteien möglich ist, da er ihren berechtigten Interessen Rechnung trägt.“

Das wäre also der „beachtenswerte Schritt“ auf dem Wege zur Sicherung des Arbeitsfriedens. Die Metall-Industriellen sehen ein, daß sie mit ihrer bisherige Ignorierung machtvoller Gewerkschaften nicht mehr durchkommen und ändern deshalb ihre Taktik. Das ist kein Beweis ihres guten Herzens oder ihrer friedfertigen Gesinnung, sondern lediglich kapitalistische Klugheit, deren „Prinzip“ sich immer mit dem Interesse des Profits deckt. Wenn also diese veränderte Stellung des Industriellenverbandes überhaupt im Interesse des sozialen Friedens liegt, so gebührt das Verdienst einzig und allein den modernen Gewerkschaften, namentlich dem Deutschen Metallarbeiterverbande, die die Arbeitgeber zu dieser Maßnahme gezwungen haben.

Wenn die „Arbeitgeber-Zeitung“ die Ablehnung der Verhandlung von Organisationen zu Organisationen damit motiviert, daß ja nicht alle Arbeiter organisiert sind und die letzteren in verschiedenen Organisationen zerstückelt sind, so steht diese Motivierung einem Blatte sehr schlecht, das festgesetzt bestritt ist, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten und, wo ihm das nicht gelingt, sie auseinander zu organisieren. Wir wollen ihm diese Spitzbubenlogik nicht abeln nehmen, denn man kann von Diktator keine Feigen ernten, aber den Arbeitern muß dieses Diktandis ein neuer Ansporn sein, den Unternehmern dieses Argument aus der Hand zu winden.

Sie können es, wenn sie ihre törichtigen Sonderorganisationen aufgeben und sich in einheitlichen, freien Gewerkschaften zusammenschließen. Die Indifferenzen aber haben einen neuen Beweis erhalten, daß sie ein Bleigewicht an der Arbeiterbewegung, Gegner ihrer eigenen Interessen sind. Ob sie das nicht endlich einsehen lernen?

Daß diese „mittlere Linie“ den Forderungen der Arbeiter durchaus nicht entspricht, bedarf einer besonderen Betonung nicht. Wir erwähnen nur die Bestimmung in Punkt e, nach der den Beratern nicht einmal das Recht zuzufügen soll, die getroffenen Vereinbarungen zu formulieren. Der durchsichtige Zweck dieser Bestimmung ist, die Formulierung dem Arbeitgeber zu übertragen, da den Arbeitern in den meisten Fällen die hierzu nötige Übung fehlt. Daß aber die Formulierung getroffener Vereinbarungen von nicht unerheblicher Bedeutung ist, weiß jeder, der schon mit der Abschließung und Ueberwachung von Verträgen zu tun hatte.

Die Entwicklung der modernen Gewerkschaften hat den Scharfmachern eine andere Taktik aufgezwungen und die beteiligten Organisationen werden daraus ihre Konsequenzen ziehen. Der gewerbliche Friede ist aber nicht in erster Linie abhängig von der Taktik der beteiligten Organisationen, sondern von ihrer Stärke und im Ergebnis der Verhandlungen spiegelt sich die Macht der Parteien deutlicher als ihre Kampfmethoden.

Ausbreitung und Ausbau der Gewerkschaften sind deshalb auch die besten Mittel zur Förderung des gewerblichen Friedens; bis die Scharfmacher das einsehen gelernt, dürfte allerdings noch einige Zeit vergehen.

Aus Dresden geht uns neben zu obigen Beschlüssen des Industriellen-Verbandes die Mitteilung zu, daß die streikenden Metallarbeiter der Firma Seidel u. Naumann Verhandlungen auf Grund des oben erwähnten Beschlusses anbahnen wollten. Die Metallindustriellen lehnten diese Form der Verhandlung ab, mißachteten damit die Beschlüsse ihrer eigenen Organisation und erklärten in einem Schreiben an die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes die Begründung der Beschlüsse in der „Arbeitgeberzeitung“ als Privatmeinung des betr. Redakteurs. Dagegen wolle die Firma zu den Verhandlungen vier Geschäftsfreunde, die natürlich „zufällig“ Mitglieder des Industriellen-Verbandes sind, zuziehen. Natürlich lehnten die Arbeiter das ab.

Ein neuer Beweis für die „Friedensliebe“ der Unternehmer, aber auch ihre Disziplinlosigkeit und Besserenheit wird dadurch drastisch gekennzeichnet.

### Rundschau.

Am 10. April hat sich der Tod eines der tüchtigsten und besten aus den Reihen der Sozialdemokratie geholt. Fast vier Jahrzehnte hat Ignaz Auer seine Tätigkeit der Partei gewidmet. Und er hat immer im Vordergrund gestanden, rücksichtslos seine Person und seine wirtschaftliche Existenz aufs Spiel setzend. 1874 mußte er in Dresden 10 Tage brummen, weil er eine Strafe von 30 Talern nicht bezahlen konnte, nach Verbüßung der Strafe wurde er obendrein aus Dresden ausgewiesen. 1886 kam es schlimmer. Das Freiburger Landgericht verurteilte ihn wegen Teilnahme an einer „geheimen Verbindung“ zu neun Monaten Gefängnis, und 1888 entging er mit knapper Not einer anderen Verurteilung in München. In den Reichstag zog er zum erstenmal 1877 als Vertreter eines sächsischen Reichstagswahlkreises, das Mandat ging aber 1878 wieder verloren. Seit 1880 vertrat er den Wahlkreis Glauchau-Neerane, der ihm allerdings 1881 und 1887 vorübergehend entzogen wurde. Als Parteisekretär hat er seit Jahren Hervorragendes geleistet. Er war ein glänzender Redner, der selbst ein trodenes Thema durch schlagenden Witz zu beleben mußte. Als Debatterredner namentlich war er von seinen Gegnern gefürchtet. Sein Tod hat eine fühlbare Lücke in die Partei gerissen.

### Vom sozialen Kampfplatze.

Streitenhork. In der hiesigen Hölzfabrik „Schlüsselmarke“ streiten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen. Siehen gelieben sind nur einige Meister und Vorarbeiter. Die Kollegen forderten eine bescheidene Lohnerhöhung, wurden aber von der Direktion abgewiesen. Wie leicht gerade hier die Direktion den Streit durch Bewilligung der Forderungen hätte vermeiden können, zeigt der Jahresabschluss der Firma. Danach war nach reichlichen Abschreibungen noch ein Reingewinn von 705427 Mark untergebrungen, wovon der Aufsichtsrat für seine mühevollen Arbeit 55641 Mark erhielt, 570000 Mark erhielten die Aktionäre in Form einer 19 prozentigen Dividende und 79785 Mark wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Un-

gefragte solcher Vorkenntnisse ist es geradezu unverständlich, wie die Direktion den 400 Arbeitern eine Aufbesserung der niedrigen Löhne verweigern kann.

Bresden. Bei der Firma Seidel u. Naumann ist die Arbeiterchaft in den Streik eingetreten. Von unserer Organisation sind ca. 80 Mitglieder beteiligt.

Eberswalde. Der Streik im Baugewerbe, an dem eine Anzahl unserer Kollegen beteiligt war, ist durch Vergleich beendet.

Erfenforde. Die auf Bauten beschäftigten Kollegen haben mit der Firma einen Vertrag abgeschlossen, der den Lohn, der bisher 35 bis 40 Pf. betrug, auf mindestens 40 Pf. pro Stunde festsetzt.

Fürth in Bayern. Bei der Firma J. M. Engelhardt u. Co., Maschinenbau und Eisengießerei in Fürth, traten sämtliche Hilfsarbeiter am 2. April d. J. in den Ausstand.

Stuttgart. In der Pressfabrik streikten die Kollegen von morgens 5 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Dann wurden die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die Kollegen sind sämtlich organisiert.

Berlin. Einen schönen Erfolg errangen die Arbeiter der hiesigen Dampfzigelei. Nach eintägigem Streik wurde der vom Kollegen Striebing eingefandte Lohnzettel mit geringen Änderungen vom Besitzer Herrn Götsche anerkannt.

Sohnbewegungen in anderen Verbänden. Die Aussperrung der Holzarbeiter dauert fort. Den Unternehmern haben die anderen Schmarfacherverbände tatkräftige Hilfe versprochen.

Heilbronn. Durch unsere frivole Organisation in der Seifenfabrik Krüner u. Ziemmer hier, wo 125 Kollegen und Kolleginnen beschäftigt sind, wurde eine sehr annehmbare Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt.

Sachsenburg. Den bei Schipper u. Schmidt, Schiffbau, beschäftigten Kollegen wurde die Forderung auf 35 Pf. Stundenlohn abgelehnt, dagegen erklärte sich die Betriebsleitung bereit, 33 Pf. zu bezahlen.

Leipzig. Zementarbeiter, die in Leipzig im Arbeit treten wollen, haben sich vor Übernahme von Arbeit im Verbandsbureau, Zeigerstraße 32 III, zu melden.

Meißen. Der Streik bei der Firma Christian Heigert ist erfolgreich beendet. Näherer Bericht folgt in nächster Nummer.

In der Chamotte- und Tonwarenfabrik von Otto u. Schloffer sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Direktion sich weigerte, bei der Neuregelung des im Vorjahre abgeschlossenen Tariffs den Arbeitern Zugeständnisse zu machen.

Moschendorf. Der Streik in der Zellulosefabrik ist abgebrochen. Die weitere Fortführung war nutzlos, da sich eine Anzahl arbeitswilliger gefunden hatte und einige Streikende den Vereinigungen der Direktion Gehör schenken und anfangen.

München. In der Papierwarenfabrik von Stiefel u. Reuzinger in Baling wurde die geforderte Verzinsung der

Arbeitszeit abgelehnt. Dagegen gelang es durch die Vermittlung des Geschäftsführers, eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde für die Arbeiter und eine Erhöhung der Akkordlöhne von 5-10 Prozent für die Arbeiterinnen zu erzielen.

Planenscher Grund. Fängt es bei der Hilfsarbeiterchaft der Glasfabrik vorm. Siemens in Döhlen an zu tagen? Rast sie sich endlich auf, um mit Ernst an die Verbesserung ihrer Lage heranzutreten? So frug die Öffentlichkeit, als sie vernahm, daß die Siemens'schen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Forderungen - tatkräftig Forderungen - eingereicht hatten.

Der Organisation antwortete die Firma nicht, man ließ aber kurz vor der ablaufenden Frist Arbeiter ins Kontor kommen, um ihnen zu sagen, was man zulegen wolle. Die nächste Versammlung erklärte sich mit den Zugeständnissen nicht einverstanden.

Stuttgart. In der Pressfabrik streikten die Kollegen von morgens 5 Uhr bis nachmittags 4 Uhr. Dann wurden die Forderungen der Arbeiter bewilligt. Die Kollegen sind sämtlich organisiert.

Berlin. Einen schönen Erfolg errangen die Arbeiter der hiesigen Dampfzigelei. Nach eintägigem Streik wurde der vom Kollegen Striebing eingefandte Lohnzettel mit geringen Änderungen vom Besitzer Herrn Götsche anerkannt.

Sohnbewegungen in anderen Verbänden. Die Aussperrung der Holzarbeiter dauert fort. Den Unternehmern haben die anderen Schmarfacherverbände tatkräftige Hilfe versprochen.

Heilbronn. Durch unsere frivole Organisation in der Seifenfabrik Krüner u. Ziemmer hier, wo 125 Kollegen und Kolleginnen beschäftigt sind, wurde eine sehr annehmbare Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt.

Sachsenburg. Den bei Schipper u. Schmidt, Schiffbau, beschäftigten Kollegen wurde die Forderung auf 35 Pf. Stundenlohn abgelehnt, dagegen erklärte sich die Betriebsleitung bereit, 33 Pf. zu bezahlen.

Leipzig. Zementarbeiter, die in Leipzig im Arbeit treten wollen, haben sich vor Übernahme von Arbeit im Verbandsbureau, Zeigerstraße 32 III, zu melden.

Meißen. Der Streik bei der Firma Christian Heigert ist erfolgreich beendet. Näherer Bericht folgt in nächster Nummer.

In der Chamotte- und Tonwarenfabrik von Otto u. Schloffer sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Direktion sich weigerte, bei der Neuregelung des im Vorjahre abgeschlossenen Tariffs den Arbeitern Zugeständnisse zu machen.

Moschendorf. Der Streik in der Zellulosefabrik ist abgebrochen. Die weitere Fortführung war nutzlos, da sich eine Anzahl arbeitswilliger gefunden hatte und einige Streikende den Vereinigungen der Direktion Gehör schenken und anfangen.

München. In der Papierwarenfabrik von Stiefel u. Reuzinger in Baling wurde die geforderte Verzinsung der

Warth a. O. (Das Verhalten des liberalen Bürgerturns einschließlich des liberalen Magistrats gegen die vorwärtsbringende Gewerkschaftsbewegung.) Warth ist eine kleine Fabrikstadt, welche im Verhältnis mehr Industrie aufzuweisen hat, als die alte Handelsstadt Stralund. Die Industrie hat sich in der Stadt Warth mächtig entwickelt, während Schiffbau und Schiffsahrt in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

